

Die Grenzen der Macht

Das Lehrstück Wyhl

Wolfgang Sternstein, geboren 1939 in Braunschweig, studierte Germanistik, Philosophie und Politikwissenschaft in Tübingen, Wien und Frankfurt/M. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, Berlin.

Grenzen der staatlichen Macht?

Am Anfang der Konfrontation standen die Kraftsprüche des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Dr. *Hans Filbinger*, der meinte, notfalls müsse die Polizei eben mit härteren Maßnahmen gegen die Platzbesetzer vorgehen. An Entschlossenheit, hart durchzugreifen, fehlte es dem strengen Landesvater sicherlich nicht. Doch was sich dann ereignete, überraschte nicht nur ihn und manchen machtgewohnten Politiker, sondern auch die ungläubig staunende Öffentlichkeit. Der staatliche Machtapparat erwies sich als unfähig, den Widerstand der ortsansässigen Bevölkerung gegen den Bau des Kernkraftwerks Wyhl zu brechen.

Schritt für Schritt wich die Regierung vor den zum Äußersten entschlossenen Bürgern zurück.

Bis heute wissen wir nicht, was die Landesregierung letztlich dazu veranlaßte, den Konflikt nicht weiter zu eskalieren. War es der immer weiter um sich greifende, immer radikaler werdende Widerstand der Kaiserstühler Winzer und Bauern; war es die durch permanente Diskussion mit den Bürgern verunsicherte Polizei, die nicht mehr mitmachte; waren es die mit Protesten und Austritten überhäuften örtlichen Parteiorganisationen, die ihren Einfluß geltend machten, oder waren es die Meinungsverschiedenheiten in der Führungsspitze des Landes, die die Entschlußkraft der Regierung lähmten; war es die Weigerung Bonns, das Vorgehen der Landesregierung zu decken, oder war es ein Zusammenwirken einiger oder aller dieser Faktoren? Wir wissen es nicht und werden es vielleicht auch nie erfahren. Unbestreitbar ist jedoch, daß die Landesregierung und die Atomkraftwerksindustrie in Wyhl bis heute eine Niederlage nach der anderen erlitten.

Massive Einschüchterungsversuche wie der Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs aus dem Munde des Ministerpräsidenten hatten ebensowenig Erfolg wie der beschwörende Appell an die „besorgten und verängstigten Bürger“, sich von den „linken Drahtziehern“ zu trennen. Wirkungslos blieb auch eine Schadenersatzklage der Baufirma Hochtief in Höhe von 115 000 DM gegen zwei Bürger, die man für „Rädelsführer“ hielt; desgleichen die Drohung, jeder, der den Platz betrete, mache sich des Hausfriedensbruchs schuldig. Die Bürger antworteten darauf mit einer massenhaften Selbstanzeige wegen Hausfriedensbruch.

Selbst der Propagandafeldzug, den Regierung und Kernkraftwerksindustrie Ende Mai starteten, um die Bevölkerung über die friedliche Nutzung der Kernenergie aufzuklären, erwies sich als Fehlschlag. Eine Werbung im Stil der Waschmittelreklame, für die der Landtag von Baden-Württemberg eigens 800 000 DM bewilligt hatte, kam bei den informierten Kaiserstühlern nicht mehr an. Sie erzeugte vielmehr Zorn und Verbitterung. Kein Wunder also, daß der als Vermittler sich anbietende, aber ungeschickt operierende CDU-Fraktionsvorsitzende *Lothar Späth* und die ihn begleitenden CDU-Abgeordneten des Umweltausschusses des baden-württembergischen Landtags bei ihrem Besuch am Kaiserstuhl am 11. Juni 1975 auch noch den letzten Kredit der Regierung verspielten.

Nach dem gescheiterten Vermittlungsversuch Späths schien die Landesregierung doch zum Einlenken bereit. Jedenfalls bot sie auf der Landespressekonferenz am 2. Juli 1975 Verhandlungen an unter der Bedingung, daß der Platz geräumt würde, solange sie andauerten. Als Gegenleistung sicherte sie zu, während dieser Zeit auf dem Platz keinerlei Veränderungen vorzunehmen. Diese Verhandlungen finden gegenwärtig statt.

Was die Landesregierung am Kaiserstuhl an Boden verlor, gewannen die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen. Wer aber sind die Bürgerinitiativen? Wer

konnte es wagen, in einer so entscheidenden Frage wie der des Baus und Betriebs eines Atomkraftwerks der Regierung und der Großindustrie die Stirn zu bieten?

Bürgerinitiativen — demokratische Verzierung oder Machtfaktor

An sich sind Bürgerinitiativen lockere, zeitlich und örtlich begrenzte Zusammenschlüsse von Bürgern, die sich um Fragen des öffentlichen Interesses kümmern, die nach ihrer Auffassung von Verwaltung und Regierung nicht oder nicht befriedigend wahrgenommen werden. In der Regel haben sie ein begrenztes, fest umrissenes Ziel. Sie sind für jeden zugänglich, der bei der Verwirklichung dieses Zieles mitarbeiten will. Ihr Adressat ist der „Staat“, das heißt die Verwaltung, die Regierung oder das Parlament, die zur Durchführung oder Unterlassung bestimmter Maßnahmen veranlaßt werden sollen. Parteipolitisch sind Bürgerinitiativen meist neutral. Unter ihren Mitgliedern überwiegen die Angehörigen der Mittelschicht. Im allgemeinen lösen sie sich ebenso spontan, wie sie sich gebildet haben, auch wieder auf, nachdem sie ihr Ziel erreicht haben oder gescheitert sind.

Solange sich die Bürgerinitiativen um die Einrichtung von Kindergärten und Altenheimen, um die Erhaltung alter Stadtkerne und Naturschutzgebiete kümmerten, durften sie sich des Wohlwollens der Politiker erfreuen. Es machte sich gut, wenn Bürger sich nicht nur auf die Ausübung ihrer begrenzten politischen Rechte beschränkten, sondern — wenigstens im kommunalen Bereich — mitreden und mitbestimmen wollten.

Das gute Einvernehmen trübte sich freilich rasch, als die Aktivität der Bürgerinitiativen über den rein kommunalen Bereich hinauswuchs, da es um die Verhinderung von Großprojekten wie den Ausbau von Flughäfen und Truppenübungsplätzen oder um Milliardenprojekte wie Autobahnbauten oder Kernkraftwerke ging. Die Größe dieser Projekte und die Zahl der davon betroffenen Menschen legten einen regionalen, ja sogar überregionalen Zusammenschluß der lokalen Initiativen nahe. Damit verwandelten sie sich aus einer hübschen Verzierung am Gebäude des parlamentarischen Regierungssystems in einen Machtfaktor. Das gilt im besonderen für die inzwischen auf die stolze Zahl 40 angewachsenen badisch-elsässischen Bürgerinitiativen, die sich gegen das Bleichemiewerk bei Marckolsheim (Elsaß) und das Atomkraftwerk bei Wyhl (Baden) wenden. Das Projekt Marckolsheim wurde inzwischen — vor allem auf Grund des massiven Widerstandes der Bevölkerung, einschließlich einer viermonatigen Bauplatzbesetzung — von der französischen Regierung aufgegeben.

Erfolg in Wyhl

Der erfolgreiche Kampf gegen den ursprünglich vorgesehenen Kernkraftwerksstandort Breisach und gegen das Bleiwerk in Marckolsheim gaben den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen enormen Auftrieb. Was in Breisach und Marckolsheim möglich war, so lautete die einfache Überlegung, müßte eigentlich

auch in Wyhl möglich sein. Dabei kam ihnen zugute, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie eine politisch hochbrisante, selbst unter Wissenschaftlern höchst umstrittene Frage ist¹. In der Anfangsphase des Widerstandes standen freilich die speziell gegen den Standort Wyhl gerichteten Argumente wie die Auswirkungen des Kühlturbetriebs auf die Sonderkulturen am Kaiserstuhl, das Absinken des Grundwasserspiegels und die unausweichlichen Folgen einer ausgedehnten Industrieansiedlung für Mensch und Umwelt im Vordergrund.

Die Bürgerinitiativen sahen ihre Aufgabe vor allem darin, die Bevölkerung über die Gefahren von Atomkraftwerken aufzuklären, sie sammelten nahezu 100 000 Unterschriften, fünf Gemeinden und ein Dutzend Einzelpersonen erhoben Klage vor dem Verwaltungsgericht. Als besonders fruchtbar erwies sich die Zusammenarbeit mit Studenten und Wissenschaftlern der nahegelegenen Universität Freiburg sowie anderer Universitäten.

Aber Proteste, Einsprüche und Klagen halfen nichts. Ungeachtet der Empfehlung des Verwaltungsgerichts, seine Entscheidung abzuwarten, entschloß sich die Regierung, ihren Willen durchzusetzen. So kam es zu den dramatischen Ereignissen in der Woche vom 17. bis zum 23. Februar 1975, die mit der Besetzung des von der Polizei verteidigten Bauplatzes durch die aufgebrachten Bürger endete.

Eine dokumentarische Sendung in der Reihe „Vor Ort“ der ARD machte Wyhl gleichsam über Nacht in der ganzen Bundesrepublik bekannt. Sie brachte den Durchbruch in die Massenmedien und löste eine kräftige Sympathiewelle für die Bürgerinitiativen aus². Ein weiterer Erfolg war die Entscheidung des Freiburger Verwaltungsgerichts vom 21. März 1975, die die sofortige Vollziehbarkeit der Teilerrichtungsgenehmigung, d. h. den Baubeginn, für unzulässig erklärte. Nicht zuletzt aber profitierten die Bürgerinitiativen von den Fehlern der Landesregierung, die der Bundestagsabgeordnete *Rolf Böhme* (SPD, Freiburg) folgendermaßen zusammenfaßte: „Überrumpelung der Bürger beim Genehmigungsverfahren, Übergehen des Landtags durch Schaffung vollendeter Tatsachen, Einschüchterung der Wyhler Bürger durch Enteignungsdrohungen, Diskriminierung der Demonstrationen als kommunistisch gelenkte Drahtzieheraktionen.“

1 Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete am 8. August 1975, S. 2:

„Rund 2300 amerikanische Wissenschaftler, Ingenieure und Ärzte haben Präsident Ford aufgefordert, den Bau von neuen Atomkraftwerken in den Vereinigten Staaten so lange zu stoppen, bis alle Zweifel an deren Sicherheit ausgeräumt sind. Die Wissenschaftler vertreten die Ansicht, daß der Betrieb der 55 Atomkraftwerke, die schon elektrischen Strom erzeugen, und weiterer 70, die sich im Bau befinden, scharf eingeschränkt werden sollte. Unter den Wissenschaftlern, die die Deklaration an den Präsidenten unterzeichneten, sind neun Nobelpreisträger.“

Die Deklaration, die außer dem Weißen Haus auch dem Kongreß zugestellt wurde, wurde zum 30. Jahrestag des Abwurfs der amerikanischen Atombombe auf Hiroshima veröffentlicht. Die Unterzeichner warnen eindringlich vor den Problemen, die durch den Bau von immer größeren Reaktoren, die nicht geklärte Frage der sicheren Landung der atomaren Abfälle und die nicht auszuschließende Möglichkeit, daß Plutonium gestohlen wird, entstehen.“

2 Siehe auch die „Spiegel“-Titelgeschichte: Todesstrahlen aus dem Atomkraftwerk. Nr. 30, 29. Jg., 21. Juli 1975.

Gegenwärtig ist die Lage am Kaiserstuhl so gespannt, daß die Regierung, obgleich das Oberverwaltungsgericht Mannheim die sofortige Vollziehbarkeit der Teilerrichtungsgenehmigung wiederhergestellt hat, den Baubeginn *politisch* kaum durchsetzen kann, es sei denn, sie will „irische Zustände“ oder einen „gewaltfreien Aufstand“ der Bevölkerung riskieren. In der Tat wäre sie gut beraten, wenn sie dem Beispiel der französischen Regierung folgen würde, deren inoffizielle Begründung für die Stilllegung des Projekts Marckolsheim lautete: Man kann ein derartiges Vorhaben nicht gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung durchsetzen. Mag sein, daß sich die Haltung der französischen Regierung aus historischen Erfahrungen mit revolutionären Volksbewegungen erklärt, die der deutschen (noch) fehlen.

Sind Bürgerinitiativen undemokratisch?

Die Landesregierung argumentiert dagegen, das Land werde unregierbar, wenn demokratisch und im Interesse des Allgemeinwohls gefällte Entscheidungen nicht mehr gegen den Widerstand von Sonderinteressen durchgesetzt werden können. In dieser Behauptung sind zwei Voraussetzungen enthalten, die der Diskussion bedürfen. Stimmt es, daß die Regierung ausschließlich im Interesse des Allgemeinwohls handelt, und trifft es wirklich zu, daß in den Entscheidungen der Parlamente stets der Wille des Volkes zum Ausdruck kommt?

Auf der einen Seite machen Regierung und Energieversorgungsunternehmen geltend, die Stromversorgung sei ein öffentliches Interesse, zu dessen Wahrnehmung sie gesetzlich verpflichtet seien. Als solches habe es Vorrang vor den privaten Interessen der Kaiserstühler Winzer und Bauern. Auf der anderen Seite nehmen aber auch die Bürgerinitiativen für sich in Anspruch, im öffentlichen Interesse zu handeln, im Interesse des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung nämlich, die sie durch Atomkraftwerke bedroht sehen. Sie können sich dabei auf Innenminister *Maihofer* berufen, der erklärte, dem Schutz von Leben und Gesundheit müsse „eindeutig Vorrang vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten eingeräumt werden“ (Südd. Zeitung, 26. 6. 75, S. 3). Weiterhin wäre zu klären, ob die Versorgungspflicht der Elektrizitätswerke tatsächlich nur durch Atomkraftwerke erfüllt werden kann, ob die Zuwachsraten des Stromverbrauchs nicht zu hoch angesetzt und die Möglichkeiten der Stromeinsparung sowie der Nutzung alternativer Energiequellen tatsächlich ausgeschöpft wurden.

Was soll der Bürger beispielsweise davon halten, wenn auf der einen Seite mit teuren Anzeigen für einen erhöhten Stromverbrauch geworben und auf der anderen Seite das Gespenst einer drohenden Versorgungslücke an die Wand gemalt wird? Was soll er von der Unabhängigkeit einer Regierung halten, deren Ministerpräsident Aufsichtsratsvorsitzender der am Bau des Kernkraftwerks Wyhl maßgeblich beteiligten Firma Badenwerk und deren Wirtschaftsminister gleichzeitig Chef der Genehmigungsbehörde und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender dieser Firma ist? Bei einer so engen Verflechtung von Regierung und

Atomindustrie sind Zweifel an der Unabhängigkeit der Regierung durchaus angebracht.

Gewiß, auch auf der Seite der Atomkraftwerksgegner sind partikulare Interessen im Spiel, so z. B. die Sorge der Kaiserstühler Winzer und Bauern um eine Qualitätsminderung ihres Weines, ihres Obstes und Tabaks durch den Kühlturbetrieb des Kraftwerks. Deshalb kann keine der beiden streitenden Parteien in diesem Streit für sich in Anspruch nehmen, ausschließlich im Interesse des Allgemeinwohls zu handeln. Bei beiden spielen sowohl allgemeine als auch partikuläre Interessen eine Rolle, mit dem Unterschied freilich, daß die Energiekonzerne einiges zu gewinnen, die Kaiserstühler Winzer und Bauern dagegen alles zu verlieren haben. Und weiter, während Regierung und Atomindustrie über nahezu unbegrenzte Macht- und Geldmittel verfügen, können die Bürger ihnen nur ihre sachlichen Argumente und ihren persönlichen Einsatz entgegenstellen — in der Tat ein höchst ungleicher Kampf.

Was schließlich die Behauptung anbetrifft, die Bürgerinitiativen seien undemokratisch, da sie sich gegen eine Mehrheitsentscheidung der gewählten Volksvertreter auflehnen, so wird gerade das Verhalten der Regierung und des Parlaments von der ortsansässigen Bevölkerung als höchst undemokratisch empfunden. Immer wieder konnte man in Wyhl die empörte Frage hören: Was heißt eigentlich Demokratie? Leben wir überhaupt noch in einer Demokratie? Hinter dieser Frage des Bürgers stand das Gefühl, durch seinen Abgeordneten im Parlament überhaupt nicht mehr vertreten zu sein. Er betrachtet ihn nicht mehr als *seinen* Vertreter im Parlament, der die Regierung kontrolliert, sondern als einen Teil des politischen Establishments. Tatsächlich wurden die Prinzipien der Volkssouveränität und der Gewaltenteilung, auf die die parlamentarische Demokratie sich ursprünglich gründete, im modernen Vorsorge- und Verwaltungsstaat zunehmend obsolet. Gesetzgebende, ausführende und rechtsprechende Gewalt, die sich gemäß dem Prinzip der Gewaltenteilung gegenseitig hemmen und kontrollieren sollten, um die Freiheitsrechte des Bürgers zu wahren, sind vielfältig miteinander verwoben. Die Folge ist ein tief eingewurzeltetes Mißtrauen des Bürgers gegenüber den Parteien und Politikern. Affären und Skandale von *Watergate* bis *Wienand* haben dazu das ihre beigetragen.

Bürgerinitiativen müssen deshalb als eine Antwort auf die Krise der repräsentativen Demokratie und des parlamentarischen Regierungssystems verstanden werden. Der Bürger nimmt die an den Abgeordneten delegierte Souveränität wieder zurück und übt sie in eigener Verantwortung aus. Er eignet sich — zumindest bei für ihn lebenswichtigen Fragen — die ihm entfremdete politische Gewalt („Alle Gewalt geht vom Volke aus“, Art. 20 Abs. 1 GG) wieder an. Er fordert uneingeschränkte Information und Mitbestimmung. Er überläßt die Politik nicht länger den Politikern, sondern kümmert sich selbst darum. Er ergreift die Initia-

tive und befreit sich damit aus selbstverschuldeter Unmündigkeit und der Bevormundung durch die Berufspolitiker.

Bürgerinitiativen: Konstruktive Weiterentwicklung unseres politischen Systems

Zu den frappantesten Erscheinungen des Kampfes gegen das Atomkraftwerk und seine Folgen gehören nicht nur das wiedergewonnene Selbstbewußtsein und die Sachkunde der Bürger am Kaiserstuhl (in Sachen Atomkraftwerk und Umweltschutz nehmen sie es gut und gern mit jedem Politiker auf), sondern auch die Wiederbelebung des Föderalismus, die Herausbildung einer oberrheinischen, einer alemannischen Identität im gemeinsamen Kampf der Elsässer, Badenser und Schweizer gegen die von den Zentralen Paris, Bonn und Bern geplante Industrialisierung des Oberrheintals. Die konstruktive Seite dieser „bürgerlich-demokratischen Volksbewegung“, wie man sie genannt hat, ist die Überwindung der Staatsgrenzen zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und der Schweiz durch die ansatzweise Verwirklichung eines vereinten Europa, das aus zahlreichen sich weitgehend selbstverwaltenden und selbstregierenden Regionen besteht.

In Verbindung mit einer mutigen Presse und einer kritischen Öffentlichkeit übernehmen die Bürgerinitiativen damit die Funktion der Kontrolle der Regierung, die im parlamentarischen System ursprünglich dem Parlament zugehört war. Sie wollen die Regierung, das Parlament und die Parteien nicht abschaffen oder ersetzen — alle diesbezüglichen Sorgen der Politiker sind unbegründet —, sie wollen aber bei entscheidenden Fragen mitreden und mitbestimmen.

Der Verdacht des CDU-Fraktionsvorsitzenden Lothar Späth, es handle sich hier um den Versuch, rätendemokratische Strukturen in unser politisches System einzuführen, greift deshalb völlig fehl. Wenn schon nach Parallelen gesucht werden soll, dann liegt der Vergleich mit den plebiszitären Elementen der Schweizer Verfassung sehr viel näher. In der Institutionalisierung der Arbeit von Bürgerinitiativen durch die Erweiterung der plebiszitären Rudimente der bundesdeutschen Verfassung in Richtung auf Volksbegehren und Volksabstimmungen könnte meines Erachtens eine konstruktive Weiterentwicklung unseres politischen Systems liegen.

Die Bürgerinitiativen aber sollten bleiben, was sie sind — Initiativen verantwortungsbewußter, couragierter Bürger, die der Versuchung widerstehen, sich durch feste Organisationsstrukturen und hauptamtliche Funktionäre in Interessenverbände oder Parteien zu verwandeln, die sich am Spiel um die Macht beteiligen.

Gewerkschaften und Kernenergie

Die Gewerkschaften haben bislang zur Frage der Kernenergie nicht Stellung genommen. Das könnte darauf zurückzuführen sein, daß der Willensbildungsprozeß in dieser Lage noch nicht abgeschlossen ist, aber auch darauf, daß sie sich schwertun, sich in dieser Frage ein begründetes Urteil zu bilden.

Von den Atomkraftwerksbefürwortern wird immer wieder behauptet, Kernenergie sei notwendig, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Dieses Argument ist zwar falsch, es verfehlt aber offensichtlich nicht seine Wirkung. Nicht ein durch die Bürgerinitiativen möglicherweise verursachter Energiemangel, sondern Rationalisierung und Automation bedrohen die Arbeitsplätze. Diese sind aber ohne gesteigerten Stromverbrauch undenkbar. Die baden-württembergische Landesregierung erklärt denn auch in ihrer ersten Teilgenehmigung für das Wyhler Atomprojekt, „daß ein zunehmender Stromverbrauch vor allem infolge der weiteren Rationalisierung in der Industrie (Ersatz von Arbeitsplätzen durch verstärkten Energieeinsatz) ... zu erwarten ist“.

Die Atomindustrie behauptet weiterhin, es gebe keine Alternative zur Atomenergie. Auch das ist nicht wahr. Selbst von ihren Befürwortern wird sie heute lediglich als Übergangslösung bis zu den neunziger Jahren, in denen andere Energiequellen zur Verfügung stünden, betrachtet. Bis dahin aber reichen Kohle, Erdöl und Erdgas, selbst beim heutigen exzessiven Verbrauch, längst aus. Allein die Kohlevorräte der Bundesrepublik, der einzige Energieträger, bei dem unser Land von Importen wirklich unabhängig ist, würden für einige hundert Jahre ausreichen. Hätte man für die Erforschung alternativer Energiequellen, wie Sonnenenergie, Wind, Gezeiten, Erdwärme u. a., soviel Geld ausgegeben, wie für die Erforschung und Nutzung der Atomenergie, so stünden sie uns heute längst zur Verfügung.

Die Behauptungen, Kernenergie schaffe Arbeitsplätze, oder, es gebe keine Alternative zur Kernenergie, sind also falsch. In Wirklichkeit geht es auch um ganz andere Dinge. Atomenergie könnte, so fürchtet man, eine so billige und unerschöpfliche Energiequelle sein, daß ein Land, das sie zu nutzen weiß, wesentlich billiger produzieren und sich damit auf dem Weltmarkt Wettbewerbsvorteile sichern könnte. Diese Rechnung geht aber nur auf, wenn die Produktionskosten für Strom aus Atomkraftwerken tatsächlich wesentlich niedriger liegen als für den aus herkömmlichen Kraftwerken. Das ist aber keineswegs der Fall. Bezieht man Entwicklungskosten sowie Neben- und Folgekosten des Atomstroms in die Rechnung ein, so ist er sogar bei weitem teurer als Strom aus konventionellen Kraftwerken. Ein Land, das auf Kernenergie baut, hat deshalb auf dem Weltmarkt keinen Wettbewerbsvorteil, sondern eher einen Nachteil.

Doch nehmen wir einmal an, der Atomstrom wäre tatsächlich billiger als der aus herkömmlichen Kraftwerken. Selbst dann müssen wir uns fragen, ob wir bereit sind, den dafür geforderten sozialen und politischen Preis zu bezahlen. Die Frage der Sicherheit von Atomkraftwerken und der Umweltbelastung durch die, selbst bei Normalbetrieb an die Umwelt abgegebene Radioaktivität, ist unter Fachleuten höchst umstritten. Man weiß seit langem, daß Radioaktivität Leukämie und Krebs, Mißbildungen und Erbschäden verursacht. Man weiß, daß auch kleinste Dosen nicht unschädlich sind. Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe

von ungelösten Fragen, wie z. B. die erheblichen Mengen von Radioaktivität, die bei der Wiederaufbereitung der Brennstäbe frei werden, die Frage des Transports und der Lagerung von radioaktivem Material, des Schutzes gegen Sabotage, Terroranschläge und Kriegseinwirkungen, der sicheren Lagerung des hochradioaktiven Atommülls, der Wärmebelastung unserer ohnehin stark verunreinigten Flüsse und nicht zuletzt die Frage der Abhängigkeit von Uranlieferungen aus dem Ausland. Mit einem Wort, im besten Fall schafft die Atomenergie Strom für eine Generation, sie schafft aber in jedem Fall Probleme für Tausende von Generationen, denn der Atommüll muß für Zehntausende von Jahren absolut sicher gegenüber der Umwelt abgeschirmt werden!

Sind wir wirklich bereit, diesen Preis zu zahlen, als einzelne und als Nation? Im Grunde ist die Frage, ob Atomkraftwerke gebaut werden sollen oder nicht gebaut werden dürfen, keine klassenspezifische Frage. Selbst der Großkapitalist, der am Bau und Betrieb von Atomkraftwerken verdient, selbst der Kernphysiker, der in ihm seinen Arbeitsplatz findet, und auch der Elektriker, der in ihm arbeitet oder in seiner Nähe wohnt, kann letztlich kein Interesse daran haben, bei einem atomaren Unfall umzukommen, an Leukämie oder Krebs zugrundezugehen, oder mißgebildete Kinder zu haben. Es liegt deshalb in unser aller Interesse, den Bau von Atomkraftwerken so lange zu stoppen, bis alle damit verbundenen Fragen geklärt sind.

Doch, gesetzt den Fall, der Strom aus Atomkraftwerken wäre konkurrenzlos billig und alle offenen Fragen wären beantwortet, wieweit wollen wir den Prozeß der Ersetzung von Arbeitskraft durch energieverbrauchende Maschinen eigentlich noch treiben? Soweit, bis eine Handvoll Arbeiter eine vollautomatisierte, hochproduktive Maschinerie bedient, während ein großer Teil ihrer Kollegen Arbeitslosenunterstützung bezieht und ein noch größerer Teil verelendet? Das ist keine Übertreibung. In den USA ist man heute auf Grund dieser Entwicklung bereits soweit, daß man selbst in Zeiten der Hochkonjunktur keine Vollbeschäftigung gewährleisten kann. Im Gegensatz dazu mußte die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren sogar Arbeitskräfte importieren. Das war jedoch in erster Linie dem hohen Exportanteil der deutschen Wirtschaft zuzuschreiben. Bisher haben viele im Produktionssektor freigesetzte Arbeitskräfte im Dienstleistungssektor Arbeit und Brot gefunden. Das kann aber, wie das Beispiel USA zeigt, nicht immer so weitergehen. Die Gewerkschaften werden sich deshalb über kurz oder lang entscheiden müssen, ob sie weiterhin den schrankenlosen technischen Fortschritt, der einer immer kleineren Zahl von Arbeitnehmern ein immer höheres Einkommen beschert, bejahen, oder ihm den Kampf ansagen, um einer möglichst großen Zahl von Arbeitnehmern ein auskömmliches Dasein zu sichern. Das würde allerdings einen radikalen Bruch mit dem überlieferten Fortschrittsoptimismus und Wachstumsfetischismus bedeuten. Mehr noch, es würde das privatkapitalistische und das staatssozialistische Wirtschaftssystem,

die sich in diesem Punkte kaum unterscheiden, von Grund auf in Frage stellen. Sollte sich die internationale Gewerkschaftsbewegung entschließen, im Interesse des Menschen der internationalen Atomindustrie den Kampf anzusagen, so könnte das in der Tat ein weltgeschichtlicher Wendepunkt sein.